

**NIEDERSCHRIFT
ZUR SITZUNG DES
RATES**

**Sitzungs-Nr./Gremium/Wahlperiode:
11. Rat 2004-2009
Sitzungsdatum:
25.10.2005**

Niederschrift

Übach-Palenberg, den 25.10.2005

Unter dem Vorsitz von Bürgermeister Paul Schmitz-Kröll versammelte sich heute um 18:00 Uhr im großen Sitzungssaal des Rathauses der

Rat der Stadt Übach-Palenberg

um über folgende Tagesordnung zu beraten:

T a g e s o r d n u n g

A) Öffentliche Sitzung

- 1.** Genehmigung der Niederschrift der letzten Sitzung
- 2.** Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Rates aus öffentlicher Sitzung vom 12.04.2005
- 3.** Abschließende Beratung und Beschlussfassung über das Einzelhandelskonzept
- 4.** Bebauungsplan Nr. 73 - Carolus-Magnus-Straße - 8. Änderung
hier: Aufstellungsbeschluss und Anordnung des Beteiligungsverfahrens
- 5.** Bebauungsplan Nr. 95 - Marienstraße -
hier: Abschluss der frühzeitigen Bürger- und Behördenbeteiligung, Beschluss des Entwurfes und Auslegungsbeschluss
- 6.** Bebauungsplan Nr. 96 - Breiller Gracht-Nord -
hier: Abschluss der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden sowie der sonstigen Träger öffentlicher Belange und Anordnung der Öffentlichen Auslegung
- 7.** 29. Änderung des Flächennutzungsplanes Breiller Gracht
hier: Abschluss der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden sowie der sonstigen Träger öffentlicher Belange und Anordnung der Öffentlichen Auslegung
- 8.** Gebührenkalkulation Abfallentsorgung für das Jahr 2006
- 9.** Ausbau der Gem.-Grundschule Palenberg als Offene Ganztagschule im Primarbereich (OGS-P)
- 10.** Verbesserung des Ruhebereichs und des gastronomischen Bereiches des Schwimmbades sowie Vernetzung der einzelnen Betriebsteile

11. Breitbandinitiative Kreis Heinsberg
Vereinbarung über die Kooperation zum Ausbau des Breitbandpotentials
12. 25. Bürgerempfang der Stadt Übach-Palenberg 2006
Bestellung neuer Mitglieder in die Auswahlkommission zur Verleihung der Ehrennadel der Stadt Übach-Palenberg
13. Antrag der CDU-Stadtratsfraktion nach § 5 Geschäftsordnung des Rates betr.
Anlegung eines Jahresbaumparks oder -weges
14. Erweiterungen zur Tagesordnung
- 14.1. Antrag der SPD-Stadtratsfraktion nach § 5 GeschO vom 10.10.2005 betr. Umbenennung des Schwimmbades und Durchführung eines Tages der offenen Tür
- 14.2. Antrag der Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen nach § 5 GeschO vom 12.10.2005 betr. Neubesetzung eines Ausschusses
- 14.3. Antrag des FDP-Stadtverordneten Offermanns nach § 5 GeschO vom 24.10.2005 betr. Neubesetzung zweier Ausschüsse
15. Bericht und Mitteilungen des Bürgermeisters
16. Einwohnerfragestunde

Anfragen von Fraktionen
- B) **Nichtöffentliche Sitzung**
17. Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Rates aus nichtöffentlicher Sitzung vom 12.04.2005
18. Vertragsangelegenheiten
- 18.1. Pachtverträge Hallenbad
a) Fitnesscenter
b) Gastronomie
19. Erweiterungen zur Tagesordnung
- 19.1. Veräußerung der Grundstücke Flur 17 Nrn. 245 und 256
20. Bericht und Mitteilungen des Bürgermeisters

Es waren anwesend:

Stadtverordnete

Frau Bärbel Bartel	SPD
Frau Roswitha Bischhaus-Trotnow	UWG
Herr Bernhard Brade	CDU

Herr Sascha Derichs	SPD
Herr Thomas Dieckmann	UWG
Herr Herbert Fibus	SPD
Herr Joachim Fröhlich	SPD
Herr Fred Fröschen	CDU
Herr Josef Fröschen	CDU
Herr Peter Fröschen	CDU
Frau Karin Fürkötter	SPD
Herr Paul Josef Gerschel	SPD
Frau Silvia Gillen	CDU
Herr Gerhard Gudduschat	CDU
Herr Herbert Konrads	CDU
Herr Hans-Josef Krawanja	SPD
Herr Leo Meertens	UWG
Frau Petra Meyer	UWG
Herr Manfred J. Offermanns	FDP
Herr Hans-Georg Overländer	SPD
Frau Eva Maria Piez	SPD
Herr Rainer Reißmayer	B'90/Die Grünen
Frau Vera Sarasa	UWG
Herr Wolfgang Schneider	SPD
Herr Matthias Spätgens	SPD
Herr Gerd Streichert	SPD
Frau Erika Tanzer	SPD
Herr Björn Utecht	B'90/Die Grünen
Herr Günter Weinen	CDU
Frau Corinna Weinhold	UWG
Herr Heiner Weißborn	SPD
Herr Hubert Wynands	CDU

Verwaltungsbedienstete

Herr Bürgermeister Paul Schmitz-Kröll
Herr Erster Stadtbeigeordneter Engelbert Piotrowski
Herr Beigeordneter für Planen und Bauen Volker Schlüter
Herr Kämmerer Bernd Schmitz
Herr Stadtoberverwaltungsrat Heinz Waliczek
Herr Stadtverwaltungsrat Hans-Peter Gatzen
Herr Stadtoberamtsrat Franz Janssen
Herr Stadtoberinspektor Herbert Jansen

Schriftführer

Herr Stadtamtman Thomas Schröder

Bürgermeister Schmitz-Kröll stellte die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit des Rates fest. Er begrüßte die Stadtverordneten und die Vertreter der Presse.

Bürgermeister Schmitz-Kröll wies darauf hin, dass den Stadtverordneten zur Erweiterung der Tagesordnung als TOP 14.1 ein Antrag der SPD-Fraktion zum Schwimmbad in

Übach-Palenberg zugegangen sei. Die Punkte 14.2, 14.3 sowie 19.1, der vom Haupt- und Finanzausschuss in seiner letzten Sitzung an den Stadtrat verwiesen wurde, schlage er dem Rat zur Erweiterung der Tagesordnung vor.

Beschluss:

Die Tagesordnung wird um folgende Punkte erweitert:

14.2 Antrag der Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen nach § 5 GeschO vom 12.10.2005 betr. Neubesetzung eines Ausschusses

14.3 Antrag des FDP-Stadtverordneten Offermanns nach § 5 GeschO vom 24.10.2005 betr. Neubesetzung zweier Ausschüsse

19.1 Veräußerung der Grundstücke Flur 17 Nr. 254 und 256

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

Stadtverordneter **Weißborn** erklärte, am Ende der öffentlichen Sitzung eine Anfrage an die Verwaltung stellen zu wollen.

Stadtverordneter **Weinen** erklärte, am Ende der öffentlichen Sitzung zwei Anfragen an die Verwaltung stellen zu wollen.

Stadtverordnete **Weinhold** erklärte ebenfalls, am Ende der öffentlichen Sitzung eine Anfrage an die Verwaltung richten zu wollen.

A) Öffentliche Sitzung

1 **Genehmigung der Niederschrift der letzten Sitzung**

Beschluss:

Die Niederschrift der Sitzung des Rates vom 20.9.2005 wird genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

2 **Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Rates aus öffentlicher Sitzung vom 12.04.2005**

Der Bericht über die Ausführung der Beschlüsse des Rates der Stadt Übach-Palenberg vom 12.4.2005 aus öffentlicher Sitzung wurde ohne Fragen und ohne Widerspruch zur Kenntnis genommen.

3 **Abschließende Beratung und Beschlussfassung über das Einzelhandelskonzept**

Stadtverordneter **Weißborn** stellte klar, dass der Gutachter Dr. Kummer in seiner Arbeit eindeutig hervorgehoben habe, dass die Erweiterung des LIDL in Marienberg durchaus sinnvoll sei. Man werde sowohl dem Einzelhandelskonzept als auch den daraus resultierenden Beschlüssen in der heutigen Sitzung die Zustimmung geben.

Stadtverordneter **Weinen** erklärte ebenfalls, dass die CDU-Fraktion das Einzelhandelskonzept zustimmend zur Kenntnis nehmen werde. Hierin seien alle Aspekte gewürdigt worden, die zur Sicherstellung der Nahversorgung heranzuziehen seien. Demnach werde auch die CDU-Fraktion ihre Zustimmung nicht verweigern.

Stadtverordnete **Weinhold** erklärte, dass die UWG-Fraktion mit dem Ergebnis des Gutachtens nicht einverstanden sei. Aus diesem Grunde wolle man das Gutachten zur Kenntnis nehmen, aber keine Zustimmung erteilen.

Bürgermeister Schmitz-Kröll erklärte, dass man den Tagesordnungspunkt ohne Beschlussfassung zur Kenntnis nehmen oder mit einer Zustimmung beschließen könne. Der Rat müsse sich für eine Alternative entscheiden.

Stadtverordneter **Weißborn** erinnerte daran, dass das Gutachten auch einige Schlussfolgerungen beinhalte, weshalb er eine Zustimmung für wichtig erachte.

Auch Stadtverordneter **Rißmayer** erkannte einen Handlungsauftrag, der sich aus den Ergebnissen des Gutachtens ergebe, so dass er sich ebenfalls für eine Zustimmung ausspreche.

Auch Stadtverordneter **Offermanns** erklärte, dass er dem Gutachten zustimmen wolle.

Beschluss:

Das Einzelhandels- und Nahversorgungskonzept für die Stadt Übach-Palenberg wird zustimmend zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

27 Ja-Stimmen
6 Nein-Stimmen

4 Bebauungsplan Nr. 73 - Carolus-Magnus-Straße - 8. Änderung
hier: Aufstellungsbeschluss und Anordnung des Beteiligungsverfahrens

Beschluss:

1. Der Aufstellungsbeschluss zur 8. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 73 – Carolus-Magnus-Straße – wird gefasst.
2. Die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit zur 8. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 73 – Carolus-Magnus-Straße erfolgt gem. § 3 BauGB. Die Beteiligung der Behörden erfolgt gem. § 4 BauGB.

Abstimmungsergebnis:

Jeweils einstimmig

5 Bebauungsplan Nr. 95 - Marienstraße -
hier: Abschluss der frühzeitigen Bürger- und Behördenbeteiligung, Beschluss des Entwurfes und Auslegungsbeschluss

Stadtverordneter **Weißborn** erklärte, dass die SPD der Sitzungsvorlage in der vorliegenden Form zustimmen werde. Man gehe davon aus, dass vor Satzungsbeschluss die Ausgestaltung dem Rat vorgestellt werde. Er hob noch einmal den besonderen Charakter dieser Bebauungsplanlandschaft hervor. Die Nahversorgung in Marienberg sei relevant und müsse für die Zukunft sichergestellt sein. Darüber hinaus werde in den textlichen Festsetzungen zu diesem Bebauungsplan auch festgeschrieben, dass der Lebensmitteldiscounter maximal 1.000 qm Verkaufsfläche und der Getränkemarkt maximal 400 qm Verkaufsfläche erreichen dürften. Diese Beschränkung schütze die Geschäftswelt in Palenberg. Auch das sei aus dem Gutachten zweifelsfrei hervorgegangen.

Bürgermeister Schmitz-Kröll erklärte, dass er nicht zusagen könne, ob bis zum vorgesehenen Satzungsbeschluss am 13. Dezember die komplette Planung vorliege. Zumindest solle aber ein ausgearbeiteter Lageplan die genaue Positionierung

der Gebäude ersichtlich machen.

Stadtverordneter **Weinen** erläuterte, dass die CDU-Fraktion sich für den Erhalt der Nahversorgung in Marienberg ausspreche. Insbesondere das Gutachten überzeuge in seinem Ergebnis. Da es von unabhängiger Stelle erstellt wurde und nicht die wirtschaftlichen Interessen einzelner bediene, wolle man sich den Ergebnissen anschließen, um die weitere Nahversorgung in Marienberg sicherzustellen. Die vor kurzem durchgeführte Einwohnerversammlung habe darüber hinaus eindrucksvoll demonstriert, wie wichtig den Marienbergern der Erhalt ihrer Einkaufsmöglichkeiten am bestehenden Standort sei. Er erinnerte daran, dass die Ergebnisse des jetzigen Gutachtens sicherlich auch vor 15 Jahren bei der Ansiedlung des heutigen Real-Marktes geholfen hätten.

Stadtverordnete **Weinhold** erläuterte, dass auch der UWG-Fraktion die Nahversorgung in Marienberg wichtig sei. Man vertrete jedoch den Standpunkt, dass eine Verkaufsfläche von maximal 699 qm ausreichend sei. Die UWG-Fraktion sei überzeugt, hiermit sowohl dem Schutz der Geschäftswelt in Palenberg als auch den Bedürfnissen eines Lebensmitteldiscounters gerecht werden zu können.

Man habe den Mut, sich der vom LIDL ausgesprochenen Erpressung, dass dieser seinen Standort aufgeben werde, zu widersetzen. Der Blick auch auf andere Stadtteile sei wichtig und der Erhalt ihrer wirtschaftlichen Grundlage dürfe nicht aus den Augen verloren werden.

Stadtverordneter **Rißmayer** betonte, dass es wohl eher mutig sei, hier von Erpressung zu reden. Er wolle bei dieser Gelegenheit deutlich klarstellen, dass der Rat der Stadt Übach-Palenberg in keinsten Weise von bestimmten Interessen erpresst wird. Er verwies dabei auf das eindeutige Ergebnis des unabhängigen Gutachtens.

Stadtverordneter **Weißborn** berichtete, dass er sich gut an die seinerzeitige Ansiedlung des heutigen Real-Marktes erinnern könne. Die Ansiedlung sei damals offensiv auch in Konkurrenz mit anderen Kommunen geführt worden. Hierbei dürfe nicht außer Acht gelassen werden, dass, wenn für den Real kein attraktiver Standort zur Verfügung hätte gestellt werden können, dieser ohne weiteres auch in Baesweiler oder Geilenkirchen errichtet worden wäre.

Er machte weiterhin darauf aufmerksam, dass auch die Industrie- und Handelskammer, die 700 qm-Grenze für nahversorgende Lebensmitteldiscounter nicht als ausreichend ansehe. Er finde es bezeichnend, dass die UWG-Fraktion wohl eher den Mut besitze für ihr eigenes Klientel einzutreten, anstatt eine Politik zu verfolgen, die der Gesamtstadt zugute komme. Neben der durchaus wichtigen Belebung der Zentren dürfe die Nahversorgung in den einzelnen Stadtbezirken nicht außer Acht gelassen werden.

Stadtverordnete **Weinhold** bemerkte, dass sie die Vorbereitung zur Durchführung der Einwohnerversammlung an Maßnahmen „wie im alten Rom“ erinnert habe. Die gut organisierte Flugblattaktion deute sehr gezielt auf eine Beeinflussung der Bevölkerung hin.

Stadtverordneter **Weißborn** stellte klar, dass die Flugblattaktion von keiner politischen Partei unterstützt worden, sondern auf die Initiative einzelner Personen zurückzuführen sei.

Stadtverordneter **Meertens** gab zu Bedenken, dass das Ergebnis des Gutachtens sehr eindeutig auf die Forderung des LIDL zugeschnitten sei. Er bewerte es als nicht nur „teuer“, sondern auch „umsonst“, da es den Interessen der Stadt nicht zugute komme.

Stadtverordneter **Dieckmann** betonte, dass er als Person wohl nicht im Verdacht stehe Klientelpolitik zu betreiben. Dennoch sprach er sich dafür aus, dass wenn es eine Klientelpolitik gebe, sie für die Übach-Palenberger Einzelhändler stehen sollte und nicht für überregional agierende Discounter oder Supermärkte. Dass sich die Marienberger Bürger für das Projekt des LIDL aussprechen, sei sicherlich nicht verwunderlich. Die Aufgabe des Stadtrates sei jedoch, die gesamte Angelegenheit kritisch zu durchleuchten und zu hinterfragen. Er könne deshalb nur das unterstützen, was auch seine Vorredner angeführt hätten. Man sei für die Nahversorgung, jedoch gegen die Vergrößerung des LIDL-Marktes.

Stadtverordneter **Weinen** erinnerte daran, dass die Umgestaltung des LIDL-Marktes nicht nur im Sinne der Nahversorgung, sondern auch zur Attraktivitätssteigerung für niederländische Kunden gesehen werden müsse. Er erkenne keinen Grund, warum man dies dem LIDL versagen solle. Zudem gehöre das Grundstück bereits der Firma LIDL. Es sei wohl kaum vorstellbar, dass sich diese dazu bereit erkläre, einem anderen Händler, der eine geringere Verkaufsfläche akzeptiere, das Grundstück zu überlassen.

Stadtverordneter **Weißborn** erklärte, dass er dankbar die Zustimmung des Stadtverordneten Dieckmann vernommen habe, dass sich die UWG offensichtlich doch für eine bestimmte Klientel einsetze. Er erinnerte daran, dass es um die Menschen in Marienberg gehe, die offensichtlich bei einigen Ansichten vergessen wurden. Er verwies noch einmal darauf, dass die Grenze für nahversorgende Discounter und Lebensmittelmärkte von 1.000 qm nicht nur von Dr. Kummer, sondern auch von der Industrie- und Handelskammer vertreten werde.

Stadtverordneter **Meertens** brachte sein Unverständnis zum Ausdruck, dass sich selbst die Grünen für die Ansiedlung und Erweiterung des LIDL-Marktes einsetzen. Es sei offenkundig, dass tiefpreisige Artikel nicht durch hochwertige oder artgerechte Tierhaltung bzw. heimische Textilproduktion zu erzielen seien.

Stadtverordneter **Rißmayer** verwahrte sich gegen eine unsachliche Diskussion. Im vorliegenden Fall gehe es um lokale Fragestellungen. Es gehe um die Interessen der Übach-Palenberger Bevölkerung. Grundsätzliche Fragen zur Einfuhr von ausländischen Lebensmitteln und Waren gehörten wohl eher in die Zuständigkeit von Bund und EU und brächten auf lokaler Ebene keinen Erfolg. Er sei für die Übach-Palenberger Bürgerinnen und Bürger gewählt worden und versuche auch deren Interessen zu vertreten. Dabei lasse er sich nicht in irgendeine politische Ecke schieben.

Auch Stadtverordneter **Fibus** betonte, dass beispielsweise fragwürdige Geschäftspraktiken einzelner Discounter nicht durch Entscheidungen in Übach-Palenberg geändert werden könnten. Die Firma LIDL habe überall Angebote Discounter zu errichten. Es gehe im vorliegenden Fall darum, den Bürgern in Übach-Palenberg die Nahversorgung zu sichern.

Beschluss:

1. a) Es wird festgestellt, dass im Rahmen des frühzeitigen Beteiligungsverfahrens von Bürgern keine Anregungen vorgebracht wurden.
1. b) Die wesentlichen Ergebnisse der Einwohnerversammlung vom 29.09.2005 werden zustimmend entsprechend der Anlage 1.1 zur Kenntnis genommen
2. Über die von Trägern öffentlicher Belange eingegangenen Anregungen wird entsprechend den Anlagen 2.1 bis 2.12 entschieden (die Anlagen sind Bestandteil der Einladung und in der Urschriftensammlung zur Niederschrift enthalten).
3. Der Planentwurf des Bebauungsplanes Nr. 95 – Marienstraße – wird beschlossen.
4. Die Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB des Bebauungsplanes Nr. 95 – Marienstraße – wird angeordnet.

Abstimmungsergebnis:

- 1 a) Einstimmig
- 1 b) Einstimmig
- 2 Jeweils einstimmig
- 3 32 Ja-Stimmen
1 Nein-Stimme
- 4 Einstimmig

6 Bebauungsplan Nr. 96 - Breiller Gracht-Nord -

hier: Abschluss der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden sowie der sonstigen Träger öffentlicher Belange und Anordnung der Öffentlichen Auslegung

Beschluss:

I. Bebauungsplanverfahren:

1. Über die von der Öffentlichkeit vorgetragenen Anregungen wird entsprechend den Anlagen 1.1 bis 1.3 entschieden (die Anlagen sind Bestandteil der Einladung und in der Urschriftensammlung zu dieser Niederschrift enthalten).
2. Über die von den Behörden und den sonstigen Trägern öffentlicher Belange eingegangenen Anregungen wird entsprechend den Anlagen 2.1

bis 2.16 entschieden (die Anlagen sind Bestandteil der Einladung und in der Urschriftensammlung zu dieser Niederschrift enthalten).

3. Der Planentwurf des Bebauungsplanes Nr. 96 – Breiller Gracht – Nord - wird beschlossen.
4. Die Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB des Bebauungsplanes Nr. 96 – Breiller Gracht – Nord – wird angeordnet.

II. Ausbauplanung:

Die Grundzüge der Straßenausbauplanung werden Bestandteil des Satzungsbeschlusses über den Bebauungsplan Nr. 96 - Breiller Gracht-Nord -. Ebenso soll ein Beschluss zu weiteren Details wie z.B. Spielplatzstandort, Entsorgung (Mülltonnenstandorte), etc. gefasst werden.

Abstimmungsergebnis:

Jeweils einstimmig

7 29. Änderung des Flächennutzungsplanes Breiller Gracht

hier: Abschluss der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit und der Behörden sowie der sonstigen Träger öffentlicher Belange und Anordnung der Öffentlichen Auslegung

Beschluss:

1. Über die von der Öffentlichkeit vorgetragenen Anregungen wird entsprechend den Anlagen 1.1 bis 1.3 entschieden (die Anlagen sind Bestandteil der Einladung und in der Urschriftensammlung zu dieser Niederschrift enthalten).
2. Über die von den Behörden und den sonstigen Trägern öffentlicher Belange eingegangenen Anregungen wird entsprechend den Anlagen 2.1 bis 2.11 entschieden (die Anlagen sind Bestandteil der Einladung und in der Urschriftensammlung zu dieser Niederschrift enthalten).
3. Der Entwurf zur 29. Änderung des Flächennutzungsplanes Breiller Gracht wird beschlossen.
4. Die Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB der 29. Änderung des Flächennutzungsplanes Breiller Gracht wird angeordnet.

Abstimmungsergebnis:

Jeweils einstimmig

8 Gebührenkalkulation Abfallentsorgung für das Jahr 2006

Auf Nachfrage des Stadtverordneten **Weißborn** erläuterte Stadtoberinspektor Herbert **Jansen**, dass sich bei der Gegenüberstellung der vier Gebührenalternativen die Alternative 2 als die sinnvollste herausgestellt habe. Sie beinhalte die Einführung einer 80 Liter-Tonne sowie den Wegfall der Grundgebühr wie es bereits auch schon im Jahre 2005 gehandhabt wurde. Damit einhergehend ist auch eine einheitliche Regelung des Restmüllbehältervolumens im gesamten Stadtgebiet nötig. Personengruppen von 2 bis 4 Personen seien in der Lage, die kleinen Gefäßgrößen zu erhalten, wobei ein Mindestrestmüllbehältervolumen von 10 l pro Person pro Woche berücksichtigt werden müsse. In einigen Fällen gebe es sicherlich Bedarf, ein entsprechendes Missverhältnis zwischen Gebühr und Inanspruchnahme der Leistung durch eine individuelle Regelung zu behandeln. Ausnahmen könnten hier bei begründeten Einwänden gemacht werden.

Stadtverordneter **Weißborn** erklärte, dass die SPD-Fraktion sich mit dem Vorschlag 2 einverstanden erklären könne.

Stadtverordneter **Sarasa** erklärte für die UWG-Fraktion, dass durch das positive Ausschreibungsergebnis die Gebührensituation gehalten werden könne. Sie berichtete über einen Besuch ihrer Fraktion in der Müllverbrennungsanlage Weisweiler. Dort habe man vom Abfallzweckverband des Kreises Aachen mit der Stadt Aachen erfahren. Sie bitte die Verwaltung zu prüfen, ob es Sinn mache, dass auch der Kreis Heinsberg sich diesem Zweckverband anschließe. Diese Frage solle zumindest im nächsten Jahr thematisiert werden.

Stadtverordneter **Rißmayer** erläuterte für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, dass die Alternative 2 die wohl sinnvollste Lösung darstelle. Gerade die Einführung der 80 Liter-Tonne - ohne, dass die anderen Müllgefäßgrößen erheblich teurer werden müssten - spreche für die vorgesehene Alternative.

Er verwies auch darauf, dass es eine durchweg gute Entscheidung war, mit der Beraterfirma zusammen zu arbeiten und somit Problemen aus dem Weg zu gehen, denen sich andere Städte bei dem komplizierten Ausschreibungsverfahren gegenüber sehen.

Stadtverordneter **Weinen** betonte, dass sich auch die CDU-Fraktion für die Alternative 2 ausspreche. Sie beinhalte die geringste Steigerung und sei auch aus dem Grunde sinnvoll, da durch Müllvermeidung eine Ersparnis eintreten könne.

Man spreche sich ebenfalls dafür aus, dass nur derjenige ein 80-l-Gefäß erhalte, der auch objektiv in der Lage sei, entsprechend wenig Müll zu produzieren. Er gab seiner Hoffnung Ausdruck, dass bei der sich zurzeit abzeichnenden Auslastung der Müllverbrennungsanlage in Weisweiler das Preisniveau für die zu entsorgenden Müllmengen sinken werde. Ebenfalls habe man positiv registriert, dass die kalkulatorische Verzinsung in der Gebührenkalkulation gesenkt wurde.

Stadtverordneter **Offermanns** sprach sich für die Alternative 2 aus. Er brachte seinen Dank an die Verwaltung sowie Stadtoberinspektor Jansen zum Ausdruck, die auch innerhalb der Parteigremien entsprechende Informationen gegeben hätten.

Stadtverordneter **Weißborn** betonte, dass beim vorliegenden Ergebnis der Ausschreibung sicherlich auch Glück mit im Spiel gewesen sei. Er sei jedoch der Auf-

fassung, dass sich der Einsatz der Beraterfirma durchaus ausgezahlt habe. In Bezug auf die kalkulatorischen Kosten verwies er darauf, dass diese 1 % unter der zulässigen Höchstgrenze liegen. Dies sei bei den letzten Gebührenbedarfsrechnungen auch der Fall gewesen, so dass effektiv keine erwähnenswerte Änderung vorgenommen wurde.

Beschluss:

Die Alternative 2 zur Gebührenkalkulation „Abfallentsorgung“ für das Jahr 2006 wird beschlossen (die Gebührenkalkulation ist als Anlage in der Urschriftensammlung zu dieser Niederschrift enthalten).

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

9 Ausbau der Gem.-Grundschule Palenberg als Offene Ganztagsschule im Primarbereich (OGS-P)

Beschluss:

Der Planung zur Deckung des Raumbedarfes der Gem.-Grundschule Palenberg als Offene Ganztagsschule im Primarbereich (OGS-P) wird zugestimmt. Die entsprechenden Mittel sind haushaltsmäßig bereitzustellen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

10 Verbesserung des Ruhebereichs und des gastronomischen Bereiches des Schwimmbades sowie Vernetzung der einzelnen Betriebsteile

Beschluss:

Der Verbesserung des Ruhebereiches und des gastronomischen Bereiches sowie der Vernetzung der verschiedenen Betriebsteile des Hallenbades wird aufgrund der vorgestellten Planung zugestimmt.
Im Erdgeschoss wird als Ersatz für den bisherigen Kursraum dem Betreiber des Fitnesscenters ein Raum von ca. 80 qm zur Verfügung gestellt.

Die bisherige Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 815.000 Euro wird um 192.000 Euro auf 1.007.000 Euro erhöht.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

11 Breitbandinitiative Kreis Heinsberg
Vereinbarung über die Kooperation zum Ausbau des Breitbandpotentials

Beschluss:

Der Beteiligung an der Breitbandinitiative Kreis Heinsberg wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

12 25. Bürgerempfang der Stadt Übach-Palenberg 2006
Bestellung neuer Mitglieder in die Auswahlkommission zur Verleihung der Ehrennadel der Stadt Übach-Palenberg

Beschluss:

Folgende Personen werden in die Auswahlkommission zur Verleihung der Ehrennadel der Stadt Übach-Palenberg für die ausscheidenden Herren Guido Bey und Friedhelm Schell berufen:

1. Herr Manfred Rosen
2. Herr Matthias Wolter

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

13 Antrag der CDU-Stadtratsfraktion nach § 5 Geschäftsordnung des Rates betr. Anlegung eines Jahresbaumparks oder -weges

Schriftführer **Schröder** verlas folgenden Antrag:

„CDU-Fraktion im Rat der Stadt Übach-Palenberg

04. Okt. 2005

Herrn
Bürgermeister Schmitz-Kröll
Rathaus
52531 Übach-Palenberg

Antrag nach § 5 der Geschäftsordnung des Rates

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

die CDU-Fraktion beantragt, der Rat möge beschließen für unsere Stadt einen Jahresbaumpark oder -weg anzulegen. In dieser Anlage sollen die vom Kuratorium

„Baum des Jahres“ jährlich ausgerufenen Bäume fortlaufend gepflanzt werden. Als geeignet für diese Maßnahme schlagen wir den Fußweg nahe der Bergehalde von der Friedrich-Ebert-Str. ausgehend, parallel der Straße Am Wasserturm vor. Die jeweilige Baumart sollte durch einfache Betonsteine mit einem Metallschild kenntlich gemacht werden. Die Kosten für diese Maßnahme können u.a. durch die Baumspenden der Bürger getragen werden.

Begründung:

Mit den Aufträgen zum Naturlehrpfad und der Anlegung des Bürgerwaldes hat die CDU versucht unsere heimische Pflanzenwelt den Bürgern näher zu bringen. Durch diesen Jahresbaumweg soll das fortgesetzt werden. Es entsteht so im Laufe der Jahre eine verhältnismäßig kurze Allee mit einer Vielzahl von verschiedenen Bäumen. Durch die Beschreibung der Bäume wird dies z.B. für Schulen aber auch für Spaziergänger eine interessante Strecke. Um einen guten Anfang der Bepflanzung zu bekommen, können auch Jahresbäume aus zurück liegenden Jahren gepflanzt werden.

Weitere Informationen werden in der Sitzung gegeben.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Günter Weinen“

Stadtverordneter **Weinen** erinnerte daran, dass in diesem Jahr die Rosskastanie Baum des Jahres sei. Schon öfter habe die CDU-Fraktion durch entsprechende Anträge dem Naturschutz in der Stadt und den Erhalt der Pflanzenwelt nachkommen wollen. Der im Antrag genannte Ort sei nur als Vorschlag zu verstehen. Die CDU-Fraktion könne sich ebenso gut mit anderen Standorten einverstanden erklären. Sie wolle sich schon jetzt bei entsprechender Annahme des Antrages für die Spende des ersten Baumes anmelden.

Stadtverordneter **Josef Fröschen** erinnerte an die seinerzeitige Anregung des Stadtverordneten Fröhlich, der ebenfalls vorgeschlagen habe, bei Ausgleichsmaßnahmen fruchtetragende Bäume zu pflanzen. Er kündigte an, im Jahre 2006 eine Schwarzpappel stiften zu wollen.

Stadtverordneter **Rißmayer** erklärte, dass sich auch die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen für die Stiftung eines Baumes anmelden wolle. Er regte an, dass der zuständige Stadtentwicklungsausschuss über die Standortwahl noch einmal beraten solle.

Stadtverordneter **Weißborn** erklärte ebenfalls, dass die SPD-Fraktion nicht zurückstehen und einen Baum in diesem Jahresbaumpark finanzieren wolle.

Beschluss:

Für die Stadt Übach-Palenberg wird ein Jahresbaumpark oder -weg angelegt. In dieser Anlage sollen die vom Kuratorium „Baum des Jahres“ jährlich ausgerufenen Bäume fortlaufend gepflanzt werden.

Der Stadtentwicklungs- und Umweltausschuss wird beauftragt einen entsprechenden Standort im Stadtgebiet zu bestimmen.

Die jeweilige Baumart wird durch einfache Betonsteine mit einem Metallschild kenntlich gemacht. Die Kosten für diese Maßnahme können u.a.durch Baumspenden der Bürger getragen werden.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

14 Erweiterungen zur Tagesordnung

14.1 Antrag der SPD-Stadtratsfraktion nach § 5 GeschO vom 10.10.2005 betr. Umbenennung des Schwimmbades und Durchführung eines Tages der offenen Tür

Schriftführer **Schröder** verlas folgenden Antrag:

„SPD-Fraktion im Rat der Stadt Übach-Palenberg

10.10.2005

An den
Bürgermeister der Stadt Übach-Palenberg
Herr Paul Schmitz-Kröll
Rathausplatz 4
52531 Übach-Palenberg

Schwimmbadname, Tag der offenen Tür

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

die SPD-Fraktion stellt nach § 5 der Geschäftsordnung des Rates folgenden Antrag:

1. Das städtische Hallen-Freibad wird umbenannt. Es soll ein einprägsamer Name gewählt werden, der im Rahmen einer Auslobung unter den Übach-Palenberger Bürgerinnen und Bürgern ermittelt wird. Das Schwimmbad soll diesen Namen mit der Fertigstellung der Modernisierung erhalten.
2. Nach Beendigung der Baumaßnahme am Schwimmbad findet (voraussichtlich im Mai 2006) ein Tag der offenen Tür statt. Bei dieser Gelegenheit soll das Bad der Bevölkerung offiziell übergeben werden.

Begründung:

zu 1) Der heutige Name (Hallen-Freibad) besteht nunmehr seit über 30 Jahren und ist nicht mehr zeitgemäß. Gerade nach der Modernisierung sollte ein einprägsamer Name gewählt werden, der über die Grenzen unserer Stadt hinaus bekannt gemacht werden muss. Am Beispiel des „Aquana“ in Würselen wird schnell klar, dass ein entsprechender Name für das Marketing eines solchen Bades von großer Bedeutung ist. Zur Förderung der Identifizierung mit dem neuen Bad sollten die Übach-Palenberger/innen Vorschläge für einen Namen machen.

zu 2) Nach Beendigung der Modernisierung des rd. 30 Jahre alten Schwimmbades sollen die Menschen unserer Stadt Gelegenheit bekommen, sich das neue Bad anzusehen. Es kann u.a. erklärt werden, was alles gemacht wurde und welche Kosten entstanden sind. Die Übergabe des Bades mit neuem Namen soll nicht nur im Rahmen einer offiziellen Feierstunde erfolgen, sondern mit einem Fest, zu dem alle Übach-Palenberger Bürgerinnen und Bürger eingeladen werden.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Heiner Weißborn
Fraktionsvorsitzender

gez. Paul Josef Gerschel
Stadtverordneter“

Stadtverordneter **Weißborn** unterstrich, dass das Hallen-Freibad seit nunmehr fast 30 Jahren in Betrieb sei. Durch die Attraktivierung dieses Bades solle auch der Identifikationscharakter erhöht werden. In diesem Zusammenhang sei die Umbenennung mit einem eingängigen Titel sicherlich sinnvoll. Er schlage vor, dass man hier auf die Vorschläge der Übach-Palenberger Bevölkerung zurückgreifen und entsprechende Ideen einfordern solle.

Stadtverordneter **Weinen** erklärte sich mit dem Antrag einverstanden, betonte jedoch, dass die Durchführung eines Tages der offenen Tür ja doch eigentlich eine Selbstverständlichkeit nach Abschluss der Baumaßnahme sei.

Beschluss:

1. **Das städt. Hallen-Freibad wird umbenannt. Es soll ein einprägsamer Name gewählt werden, der im Rahmen einer Auslobung unter den Übach-Palenberger Bürgerinnen und Bürgern ermittelt wird. Das Schwimmbad soll diesen Namen mit der Fertigstellung der Modernisierung erhalten.**
2. **Nach Beendigung der Baumaßnahmen am Schwimmbad findet (voraussichtlich im Mai 2006) ein Tag der offenen Tür statt. Bei dieser Gelegenheit soll das Bad der Bevölkerung offiziell übergeben werden.**

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

14.2 Antrag der Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen nach § 5 GeschO vom 12.10.2005 betr. Neubesetzung eines Ausschusses

Beschluss:

Der Stadtentwicklungs- und Umweltausschuss wird wie folgt umbesetzt:

bisher:

Kogler, Wilhelm (sachk. Bürger) - Appelrath, Brigitte (stv. sachk. Bürgerin)

zukünftig:

Appelrath, Brigitte (sachk. Bürgerin) - Dr. Wissing, Lothar (stv. sachk. Bürger)

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig

14.3 Antrag des FDP-Stadtverordneten Offermanns nach § 5 GeschO vom 24.10.2005 betr. Neubesetzung zweier Ausschüsse

Beschluss:

Für den Stadtentwicklungs- und Umweltausschuss:

bisher:

Heinz-Jürgen Wolter (sachk. Bürger) - Dr. Frank Tuchtenhagen (stv. sachk. Einw.)

zukünftig:

Dr. Frank Tuchtenhagen (sachk. Einw.) - H. Jürgen Mallmann (stv. sachk. Einw.)

Für den Ausschuss für Jugend- und Soziales:

bisher:

Brigitte Rademacher (sachk. Einw.) - Alexandra Zantis (stv. sachk. Einw.)

zukünftig:

Brigitte Rademacher (sachk. Einw.) - Renata Tuchtenhagen (stv. sachk. Einw.)

Abstimmungsergebnis:

Jeweils einstimmig

15 Bericht und Mitteilungen des Bürgermeisters

Bürgermeister Schmitz-Kröll erklärte, dass er einen Vorschlag für die Sitzungstermine des Haupt- und Finanzausschusses und Rates im kommenden Jahr erstellt habe. Diesen habe er zu Beginn der Sitzung an die Stadtverordneten ausgegeben lassen und bitte bis zur nächsten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses um Abstimmung in den einzelnen Fraktionen. Sofern Änderungsbedarf bestehe, könne dieser gerne angemeldet werden. Anfang Dezember müsse man allerdings um die vorberatenden Ausschusssitzungen terminieren zu können, die Haupt- und Finanzausschuss- und Ratssitzungen verbindlich festlegen.

Auf Nachfrage des Stadtverordneten Weinen erklärte **Bürgermeister Schmitz-Kröll**, dass er voraussichtlich am 13. Dezember den Haushalt 2006 einbringen wolle. Für diesen Fall sei für den 7. Februar der Beschluss über die Haushaltssatzung vorgesehen.

Stadtverordneter **Weißborn** regte an, den Beschluss über den Haushalt u.U. später zu treffen, da auch das Gemeindefinanzierungsgesetz wohl erst Ende Januar durch den Landtag beschlossen werde. Er sehe kein Problem, wenn der Haushalt erst im März beschlossen würde.

Bürgermeister Schmitz-Kröll berichtete weiter darüber, dass die Firma Streetlight 24 eine Konzeption zur Werbung an Lichtmasten vorgestellt habe.

In der Projektgruppe 1 des Stadtmarketings seien die entsprechenden Werbeflächen von Geschäftsführer Paul Josef Schmitz aus Heinsberg vorgestellt worden. Das Interesse verschiedener Gewerbetreibenden sei durchaus da, so dass die Firma nunmehr im Stadtgebiet ihre Akquisition vornehmen wolle.

Die Anbringung solle ausschließlich außerhalb der Innenstadtbereiche erfolgen und sich einheitlich an Zufahrtsstraßen im Rhythmus von maximal jeder zweiten Straßenlaterne erstrecken. Die Stadt Übach-Palenberg werde als betroffene Kommune pro aufgestelltem Werbeschild eine Zahlung von 120 Euro pro Jahr erhalten.

Bürgermeister Schmitz-Kröll bestätigte auf Anfrage des Stadtverordneten Weißborn, dass die Erstattung auch für die Masten gelte, die der WestEnergie gehören.

Stadtverordneter **Weinen** meldete Vorbehalte an, ob besonders an den Einfallstraßen eine beleuchtete Reklame an den Lichtmasten dem Stadtbild zuträglich sei. Er wolle sich zuerst die Realisierung in Heinsberg ansehen, damit nicht die Stadt etwas verwirkliche, das ihr später wieder Leid tue.

Bürgermeister Schmitz-Kröll schlug vor, wenn ihn bis Mitte November keine Reaktionen der Fraktionen erreichen, er den Vertrag mit der Firma Streetlight abschließen wolle. Sollte der Rat jedoch eine eigene Entscheidung in dieser Angelegenheit treffen wollen, bitte er um entsprechende Mitteilung, damit er dies für die nächste Ratssitzung vorbereiten könne.

Stadtverordneter **Meertens** erklärte, dass er in dieser Projektgruppensitzung anwesend war und nichts Schlechtes über diese Marketingstrategie berichten könne. Er sprach sich dafür aus, dass die Entscheidung durch den Bürgermeister getroffen werden solle.

Stadtverordneter **Weinen** betonte, dass man nicht den gleichen Fehler wie bei der Aufstellung der McDonalds-Stele machen dürfe und sprach sich nochmals dafür aus, die Beispiele ansehen zu wollen, bevor eine Entscheidung getroffen werde.

Stadtverordnete **Weinhold** machte den Vorschlag, dass der Bürgermeister den Vertrag mit der Firma Streetlight unterzeichnen könne, sollte sich innerhalb der nächsten 14 Tage niemand bezüglich einer weiteren Beratung melden.

Bürgermeister Schmitz-Kröll erklärte, dass er drei Wochen auf etwaige Reaktionen abwarten wolle, dann aber den Vertrag abschließen werde.

16 Einwohnerfragestunde

Fragen von Einwohnern wurden nicht gestellt.

Anfragen

Anfrage der SPD-Fraktion

Stadtverordneter **Krawanja** berichtete darüber, dass sicherlich auch die Stadt Übach-Palenberg Adressat der letzten Gaspreiserhöhung gewesen sei. Er fragte an, ob gegen die Erhöhung Widerspruch beim Versorger eingelegt worden sei.

Kämmerer **Schmitz** erklärte, dass dies bisher noch nicht der Fall gewesen sei. Er wolle dies allerdings noch tun.

Anfrage 1 der CDU-Fraktion

Stadtverordneter **Josef Fröschen** erinnerte daran, dass im Herbst 1999 der Seniorenverein Boscheln einen Antrag bezüglich der Aufstellung eines Gießkannenständers auf den städt. Friedhöfen gestellt habe. Seinerzeit wurde der Antrag abschlägig beschieden, da man mit der Bereitstellung neuer Gießkannen dem Problem begegnen wollte. Auch der Antrag der Vorsitzenden des Seniorenbeirates, Frau Peters, sei damals abgelehnt worden. Das Problem bestehe aber nach wie vor. Die Gießkannen kämen ständig weg oder würden zur privaten Nutzung hinter Sträuchern und Büschen versteckt. Er erkundigte sich danach, was die Verwaltung in dieser Angelegenheit zu unternehmen gedenke.

Kämmerer **Schmitz** berichtete darüber, dass die Gestelle deshalb nicht beschafft worden seien, da ihre Anschaffung mit 1.000 DM (500 Euro) pro Stück zu teuer erschien. Man sehe die Problematik der fehlenden Gießkannen jedoch auch und habe nunmehr neue Angebote eingeholt, die sich aber im gleichen Kostenrahmen befänden. Aus diesem Grunde habe er mit dem Leiter des Baubetriebsamtes, Herrn Gehlen, die Errichtung von selbstgefertigten Gestellen mit entsprechendem Münzsystem besprochen. Diese seien in der Beschaffung und Herrichtung erheblich günstiger und würden mit dem Materialwert von unter 200 Euro verbucht werden können. In den nächsten Wochen wolle man zumindest an den Eingängen sämtlicher Übach-Palenberger Friedhöfe diese Ständer errichten. Im weiteren Verlauf wolle man auch an anderen Stellen zusätzliche Gießkannenständer aufstellen.

Anfrage 2 der CDU-Fraktion

Stadtverordneter **Weinen** erkundigte sich nach dem Sachstand des Ratsinformationssystems.

Stadtoberverwaltungsrat **Waliczek** erläuterte, dass das Ratsinformationssystem mittlerweile im Haus vollständig eingeführt worden sei. Die Bereitstellung der ent-

sprechenden Daten über das Internet für die Ratsmitglieder sei für den kommenden Monat vorgesehen.

Stadtoberverwaltungsrat **Waliczek** gab sodann mittels einer Beamerpräsentation einen Einblick in das Ratsinformationssystem und stellte die verschiedenen Möglichkeiten für die Ratsmitglieder dar.

Anfrage der UWG-Fraktion

Stadtverordnete **Bischhaus-Trotnow** erklärte, dass vor dem Wegekreuz in Boscsheln eine Sitzgelegenheit angebracht worden sei, die letztendlich dazu führe, dass Jugendliche diesen Ort als Treffpunkt benutzten und mittlerweile das Wegekreuz zum wiederholten Male zerstörten. Da die Einsehbarkeit in diesen Bereich von der Wohnbebauung nicht gegeben sei, ist ein Schutz des Wegekreuzes schlecht gewährleistet. Sie bat die Verwaltung zu prüfen, ob es zumindest möglich sei, die Sitzgelegenheit zu versetzen.

Beigeordneter **Schlüter** signalisierte die entsprechende Umsetzung.

Bürgermeister Schmitz-Kröll schloss die öffentliche Sitzung um 20.05 Uhr.

Nach Wiederherstellung der Öffentlichkeit schloss **Bürgermeister Schmitz-Kröll** um 20.27 Uhr die Sitzung.

Schmitz-Kröll
Bürgermeister

Schröder
Schriftführer